

Schritt in die richtige Richtung

ENERGIEWENDE (I) „Ein Anfang ist gemacht“, meint der kirchliche Umweltexperte Klaus Breyer in seinem Gastbeitrag für UK. Für echten Klimaschutz aber reiche der Kohlekompromiss noch nicht

VON KLAUS BREYER

Endlich kommt Bewegung in die deutsche Energiewende. Deutschland steigt aus der Kohle aus. Frühestens 2035, spätestens jedoch 2037 geht das letzte Kohlekraftwerk vom Netz. Fast alle Kommissionsmitglieder tragen den Kompromiss mit und entsprechend groß ist sein Gewicht.

Ein gutes Zeichen für die politische Kultur in Deutschland.

Die Vorschläge der Regierungskommission weisen einen Weg, der bei kontinuierlichem Rückbau der Kohle einen sozialverträglichen Strukturwandel ermöglicht, die Stromkosten begrenzt und die energieintensive Industrie, die besonders in NRW stark vertreten ist, wettbewerbsfähig hält. Die Kommission stellt sich vor den Hambacher Wald und drängt darauf, alle gebaubegebenen Umsiedlungen zu beenden.



Bis zum Jahr 2038 soll Schluss sein mit der Kohleverstromung. Das gilt sowohl für Braunkohle als auch für Steinkohlekraftwerke wie das Werk in Duisburg-Walsum.

FOTO

Ausstieg regelmäßig überprüfen

Angesichts der Klimakrise muss der Kohleausstieg jedoch noch ambitionierter ausfallen. Hier sind Nachbesserungen notwendig. Durch die von der Kommission geforderten regelmäßigen Überprüfungen des Ausstiegsplans kann und muss dieser gravierende Mangel noch beseitigt werden.

Ist damit alles erreicht, wofür sich wir als Kirchen jahrhundertlang engagiert haben? Leider nein. Aber es ist ein Anfang, ein großer Schritt in die richtige Richtung. Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt an. Der nun beginnende Umsetzungsprozess muss auch von den Kirchen konstruktiv und kritisch begleitet werden. Das gilt für die Umsetzung des Braunkohle-

lerückbaus, das heißt die Verkleinerung der Tagebaue, den Schutz des Hambacher Waldes und der Ortschaften, die bisher von Umsiedlung bedroht sind. Dies gilt für die Gestaltung des Strukturwandels, insbesondere seine nachhaltige Ausrichtung und die Beteiligung der Menschen vor Ort.

Um Planungssicherheit auf allen Seiten zu schaffen, müssen noch in diesem Jahr die Eckpunkte des Kohleausstiegs in einem Klimaschutzgesetz verankert werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss deutlich an Fahrt gewinnen. Hier besteht besonders in NRW ein großer Nachholbedarf. Politische Hemmnisse müssen aus dem Weg geräumt werden.

Der unter Beteiligung von Wirtschaft, Umweltverbänden, Kirchen und Gewerkschaften entwickelte Klimaschutzplan für Nord-

rhein-Westfalen wird von der Landesregierung derzeit sträflich vernachlässigt. Das muss sich ändern. Der Klimaschutzplan sollte jetzt unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft weiterentwickelt und an die Pariser Klimaziele sowie den Kohleausstiegspfad angepasst werden. Die Landesregierung wäre gut beraten, den Beteiligungsprozess umgehend zu starten.

Und noch etwas darf nicht vergessen werden: Der Umbau des Energiesektors allein ist für den Klimaschutz in Deutschland bei Weitem nicht ausreichend. Auch die Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft müssen ihren Beitrag leisten. Besonders besorgniserregend ist der Verkehr, der nicht nur unter dem Aspekt Klimaschutz vollkommen außer Kontrolle geraten ist. Hier stiegen die

CO₂-Emissionen um zwei Prozent seit 1990 an, dabei müssten sie 2030 um 40 Prozent (!) sinken.

Wer allein die aktuellen Diskussionen um das Tempolimit verfolgt hat, ahnt, vor welchen Konflikten wir hier noch stehen. Kohleausstieg scheint dagegen fast „konfliktfrei“ zu verlaufen. Viel wäre gewonnen, wenn die Arbeit der Kohlekommission Schritt für den Verkehrsbereich machen würde. Denn sie hat gezeigt, dass durch sachliche Diskurse Irrsinnige entgegengesetzte und Blockaden überwunden und Kompromisse gefunden werden können.

■ Klaus Breyer, der Autor des Beitrags, ist Experte für Umweltfragen. Er leitet das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen in Schwelm.